

Alle Staatsschulden sind null und nichtig!

von Richard Beiderbeck
<http://www.qerdenker.de/>

Die Schulden des Staates sind ein Zahlungsverprechen, das er es nie und nimmer einlösen kann und wird. Der Staat ist faktisch bankrott. Die Banken wissen das schon lange, und deshalb sind sie zur Zwangsvollstreckung übergegangen. Das Tafelsilber wird verkauft: Die Telecom, die Post, die Bahn, EON, die Staatswohnungen und andere Immobilien, dann vielleicht auch noch die Autobahnen und die Schienen.

In München z. B. wurden 25 000 Quadratmeter in bester Innenstadtlage, auf denen sich Gebäude der Ludwig-Maximilians-Universität befanden, an Investoren verkauft. Die Gebäude der Universität auf diesem riesigen Areal wurden abgerissen. So fördert der Freistaat Bayern seine Universitäten.

Nun entstehen dort am Alten Botanischen Garten die „Lehnbachgärten“ (unerschwinglich teure Lofts und Luxuswohnungen, die fast alle mindestens eine Million Euro kosten) und ein Fünf-Sterne-Hotel für arabische Ölmilliardäre, die ihre Frauen nach München zum Shopping fliegen – weil es dort so schön ruhig und sicher ist. So hat das Volk auch was von dem Deal – vorausgesetzt das Volk hat einen Kleiderladen in der Maximilianstraße mit Klamotten von Armani, Versace und Yves St. Laurent; oder es verkauft langweilig gestyltes Glitzerzeug aus Gold und Diamant oder die scheußlichen Bilder von Andy Warhol (ab 10 000 Euro pro Abdruck).

Die Universitätsgebäude am Alten Botanischen Garten gehörten dem Volk. Das wurde nun zugunsten der Millionäre zwangsenteignet. Jawohl, das findet zur Zeit statt: Die Enteignung des Volkes zu Gunsten der Millionäre. Der Staat hat sich in die Schuldknechtschaft begeben, und er muss die Gläubiger bedienen.

Wir Querdenker sagen: Die Staatsschuld existiert nur in den Köpfen der Politiker. Sie ist nicht real. Sie ist nur ein Gespenst, mit dem der Bürger erschreckt werden soll. Die Staatsschuld hat nur so lange Macht über uns, wie wir sie für real halten. Die Kredite, die der Staat aufgenommen hat, sind längst an die Banken und Geldgeber zurückbezahlt – in Form von Zins und Zinseszinszahlungen.

Wenn der Staat heute zu den Banken und Geldgebern sagen würde: „Wir erklären alle Staatsschulden für null und nichtig!“ - was können dann die Banken und Geldgeber dagegen tun? Sie können vielleicht den Kuckuck ans Bundeskanzleramt kleben. Aber darüber können wir nur lachen, denn wir sind das Volk. Und das Volk ist der Souverän, der einzig wahre Inhaber aller Macht in unserem Staat. Wenn das Volk sagt: „Alle Staatsschulden sind null und nichtig!“ – wer könnte dem widersprechen? Für das Volk, den Souverän, liegt klar auf der Hand: Durch die Schulden ist die vom Volk gewählte Regierung nicht mehr Herr im eigenen Staat. Das widerspricht dem Buchstaben und dem Geist des Grundgesetzes. Eigentlich dürfte der Staat überhaupt keine Schulden machen.

Lassen wir uns also durch die 1500 Milliarden Euro, die der deutsche Staat Schulden hat, überhaupt nicht beeindrucken. Diese 1 500 000 000 Millionen Euro sind in Wirklichkeit nur Nullen auf dem Bildschirm. Die Rechnung der Querdenker lautet also:

1 500 000 000 = 0 000 000 000

Wenn hinter einem geschuldeten Betrag genügend viele Nullen stehen, dann ist die Ziffer eine imaginäre Zahl, die eigentlich nur in der Vorstellung, aber nicht in der Realität existiert. Soviel Geld, dass man diese Schulden zurückzahlen kann, gibt es gar nicht – es sei denn man druckt es. Das nennt man dann Hyperinflation.

Wenn der Staat ernsthaft versucht, seine Schulden ohne die Hilfe der Banknotenpresse (übrigens jetzt ja im Besitz von Euroland) zurückzuzahlen, wäre das eine gewaltige Vernichtung von Kaufkraft, die zur Deflation und zur Weltwirtschaftskrise führen würde.

Die Macht des Kapitals über den Staat baut auf dieser imaginären Zahl von 1 500 000 000 auf, und im Namen dieser Zahl wird das Deutsche Volk enteignet. Das Deutsche Volk muss nichts anderes tun, als zu erkennen, dass es keine reale Staatsschuld gibt. Die Staatsschuld ist vergleichbar mit einem hölzernen Götzen, der nur über diejenigen Macht hat, die an seine Macht glauben und ihn anbeten.

„Wir müssen unsere Schulden zurückzahlen – im Interesse unserer Kinder und Enkel“ – heißt es. Selten so gelacht ! Unsere Enkel werden sich einen Dreck um die Schulden scheren, die wir gemacht haben.

Und die Kleinsparer ?

Und die armen Kleinsparer, die Bundesschatzbriefe und Kommunalobligationen gekauft haben, um ihren Lebensabend zu sichern ? Die werden entschädigt. Wenn der Staat schuldenfrei ist, kann er sich das leisten. Die meisten Schulden hat der Staat aber nicht beim deutschen Kleinsparer, sondern bei in- und ausländischen Banken und Geldgebern.

Was würden die Geldgeber mit dem vielen Geld eigentlich machen, wenn sie es zurückbekämen? Sie könnten es nur wieder ausleihen. Aber an wen? An das Volk vielleicht? Das wäre eine denkbar schlechte Lösung.

Um die Staatsschulden zu streichen, bedarf es nur eines Federstriches. Dazu ist kein Aufstand und keine Revolution erforderlich. Dazu braucht es auch keine neue Regierung.

Der Staat ist schon seit vielen Jahren bankrott

Warum es den Geldgebern in Wirklichkeit geht, ist nicht die Zurückzahlung der Staatsschulden. Nein, es geht ihnen um die jährlichen Zinszahlungen, die ja bis zum St. Nimmerleinstag fortlaufen werden, weil der Staat seine Schulden nicht zurückzahlen kann. Aber er zahlt seine jährlichen Zinsen. Genau genommen hat er auch das seit vielen Jahren nicht getan. Sondern er hat nur neue Schulden gemacht, um seine Zinsen zahlen zu können. Also hat er unterm Strich weder Tilgung noch Zinsen bezahlt. Normalerweise nennt man so etwas Bankrott.

Der Staat ist also schon seit vielen Jahren bankrott, aber keiner gesteht es ein. Wenn die Querdenker jetzt also fordern, der Staat soll sich für zahlungsunfähig erklären, so heißt das eigentlich nur, das amtlich zu machen, was schon lange inoffiziell der Fall ist.

Erinnern sie sich noch an den SPD Bundesfinanzminister Alex Möller? Der trat zurück – wegen einer lächerlich geringen Staatsverschuldung. Aber eigentlich trat er zurück wegen der Defizit-Spending-Politik von Helmut Schmidt. Alex Möller erkannte, wohin eine Verschuldung des Staates führt: Zur faktischen Zahlungsunfähigkeit.

Der Haushalt ist ausgeglichen – so ein Witz!

Wenn der Finanzminister nun mit stolzeschwellter Brust sagt: „Der Bundeshaushalt ist ausgeglichen. Die Verschuldung ist gleich null“, dann klingt das so, als wären jetzt alle Schulden bezahlt. Dabei werden jetzt nur keine neuen Kredite aufgenommen, um die Zinsen für die alten Schulden zu zahlen. Ob wirklich auch Kredite getilgt werden? Mir fehlt der Glaube. Ich habe

nämlich noch nichts davon gehört, dass die Staatschuld jetzt kleiner geworden sei – und wenn, dann nur um einen minimalen Prozentsatz.

Der nervus rerum sind die Zinsen

Worum es also hauptsächlich geht, sind die Zinszahlungen. Die sind für die Geldgeber wichtig. Diese Quelle soll beständig sprudeln, und dank der Anstrengungen des Finanzministers sprudeln sie jetzt auch wieder so richtig.

Der Finanzminister müsste gar nicht sagen: „Wir erklären die Staatsschulden für null und nichtig!“ Er müsste nur sagen: „Die Bundesrepublik setzt die Zinszahlungen für ihre Schulden auf unbestimmte Zeit aus. Die Bundesrepublik erkennt aber die Höhe der Schulden in voller Höhe an und verpflichtet sich, sie in dem Maße zurückzuzahlen, wie es die Haushaltsüberschüsse erlauben.“

Aber wegen der vielfältigen Aufgaben des Staates bleiben leider nie Überschüsse übrig.

Wie wird das Ausland reagieren?

Wenn nun wir Deutschen auf diese Weise zwar nicht den Staatsbankrott erklären würden (aber faktisch eben doch), wie würde dann das Ausland reagieren? Immerhin könnte Präsident Bush dann auf die Idee kommen, die alten Feindbilder über die Deutschen wieder verstärkt zu propagieren. Diese Feindbilder sind ja in der angelsächsischen Welt nach wie vor präsent. Der Deutsche (oder Österreicher – welcher Amerikaner kennt schon den Unterschied?) spielt in den Hollywoodfilmen meist den Bösewicht. Umso erstaunlicher ist die Karriere des Arnold Schwarzenegger, der es vom Terminator zum Gouverneur gebracht hat. Die Rolle des Terminators spielt jetzt Präsident Bush. Rumsfeld gab den Rambo.

Wie würde nun der Terminator im Weißen Haus auf die Unbotmäßigkeit der Deutschen reagieren? Würde er seine Bomber in Richtung Berlin in Marsch setzen? Das könnte er ja gleich vom Flugplatz Ramstein aus tun. Mit den Deutschen hat er sowieso ein Hühnchen zu rupfen, weil sie im Irak nicht mitgemacht haben.

Aber Bangemachen gilt nicht. Denn die USA sind natürlich auch bei uns in der Kreide. Also bietet sich erst mal an, dass die Amerikaner sagen: „Wenn ihr eure Schulden bei uns nicht zahlt, dann zahlen wir auch unsere Schulden bei euch nicht.“ Das wäre dann wohl ein ziemlich ausgeglichener Deal.

Und die USA und der Rest der Welt

Der Haushalt der USA ist in einer ähnlich desolaten Lage wie jener der Bundesrepublik. Und unseren Europäischen Nachbarn geht es auch nicht besser. Also können eigentlich alle dem Vorbild der Bundesrepublik folgen, und ihre Schulden für null und nichtig erklären. Wer wäre dann der Verlierer? Nun, diejenigen, die in den vergangenen Zeiten so viel Geld übrig hatten, dass sie es ausleihen konnten: Die Chinesen, die Japaner, die Koreaner und die Ölstaaten am Persischen Golf.

Die Japaner sind inzwischen selbst pleite, aber die Chinesen haben so viel Geld, dass sie sich weltweit einkaufen. Wenn sich der hoch verschuldete Teil der Welt für zahlungsunfähig erklären würde, dann würde es die Gläubigernationen China und Saudi Arabien treffen. Aber die Chinesen schulden dem Westen ungeheure Summen für gestohlene Patente. Das könnte man dann gegen die Schulden aufrechnen. Die Saudi Araber könnten zwar drohen, den Ölhahn zuzudrehen. Aber

dann würden ihnen der Rest der Welt den Wasserhahn zudrehen und sie nicht mehr mit Nahrungsmitteln versorgen. Dann würden sie sehen, dass man Rohöl nicht essen kann. Noch nicht einmal als Salatöl ist es zu gebrauchen.

Und die Kapitalisten und Banken ?

Natürlich würde ein allgemeiner Staatsbankrott die Geldgeber und Banken hart treffen – vorausgesetzt, man würde den Besitz der Bürger nicht zur Konkursmasse erklären – nach dem Motto: Völker haften für ihre Regierungen. Aber das befürchte ich nicht, denn: Wo sind die Bataillone der Banken und wo die Polizeibrigaden der Geldgeber? Das Kapital ist ein scheues Reh, kein starker Löwe.

Nehmen wir an: Alle Banken sind pleite, die Geldanleger haben ihr Vermögen verloren. Auf der andern Seite wäre alle Welt schuldenfrei. Unterm Strich wäre das für die meisten Menschen ein Gewinn. Allerdings wäre für die Konsumidioten und die notorischen Kontoüberzieher und die Kunden der Kredithaie eine drastische Änderung ihres Verhaltens angesagt: Wenn es keine Geldgeber mehr gibt, gibt es keine Kredite mehr und man muss mit dem auskommen, was man einnimmt.

Die Abschaffung der Banken und Kredite – klingt das nicht nach Wiedereinführung des Kommunismus? Ist der Kommunismus nicht kläglich gescheitert?

Ja, denn er hat mit unzureichenden und inhumanen Mitteln gearbeitet und er hat die Wirtschaft nicht richtig steuern können. Eine Planwirtschaft ohne ein leistungsfähiges Computernetzwerk kann nicht funktionieren. Jetzt haben wir aber genau dieses. Eine Planwirtschaft wäre heute machbar. Dann würde der Staat und nicht die Investoren und Banken darüber entscheiden, welche Projekte in die Tat umgesetzt werden.

Zum Thema Kommunismus und Planwirtschaft ist das letzte Wort noch nicht geschrieben, sondern vielleicht erst das missglückte Vorwort.

Der Staat in der Schuldenfalle

Seit vielen Jahren zahlt die Bundesrepublik ihre Schulden nicht zurück. Sie zahlt zwar Zins und Tilgung, aber sie finanziert dies, indem sie neue Kredite aufnimmt. Faktisch zahlt die Bundesrepublik also ihre Schulden nicht zurück, sondern macht immer neue und größere Defizite.

Man ahnt, dass die Bundesrepublik ihre Schulden wahrscheinlich niemals zurückzahlen kann und wird. Seit Jahrzehnten wird von den Politikern (meist von denen, deren Parteien gerade nicht an der Regierung sind) gefordert, dass der Staat seine Schulden zurückzahlen soll. Nur so könne verhindert werden, dass unsere Kinder unter der Schuldenlast des Staates zusammenbrechen.

Diese Appelle verhallen ohne erkennbare Wirkung. Die Staatsschulden steigen weiter. Allmählich haben sich alle daran gewöhnt. Schon vor 15 Jahren wurde ein finanzielles Fiasko der BRD vorhergesagt. Aber das Fiasko kam nicht. So mancher denkt sich: „Eigentlich ist doch alles in Ordnung. Schulden, die man nicht bezahlt, sind keine Schulden. Also können wir doch einfach weitermachen wie bisher.“ Auch wenn die Politiker nicht so denken, so handeln sie doch, als würden sie so denken.

Aber da gibt es ein Problem: Die Zins-Lawine. Durch den Zinseszins-Effekt wächst die Staatsschuld immer schneller. Nehmen wir einmal an, im Jahr 1980 war die Staatsverschuldung 1000 Milliarden Euro. Der Zinssatz sein nur 5 % pro Jahr. Dann kommen wir zu folgender Tabelle:

Jahr	Staatsschuld
1980	1000 Milliarden
1985	1306 Milliarden
1990	1667 Milliarden
1995	2124 Milliarden
2000	2711 Milliarden
2005	3459 Milliarden
2010	4415 Milliarden
2015	5635 Milliarden
2020	7192 Milliarden

Dieses Beispiel zeigt uns, dass Schulden, die nicht getilgt werden, schon nach wenigen Jahren außer Kontrolle geraten und nie mehr zurückgezahlt werden können.

Eigentlich hätte die Zwangsvollstreckung für den Staat schon lange kommen müssen. Aber kein Gerichtsvollzieher der Welt hat die Macht, ans Bundeskanzleramt den Kuckuck zu kleben.

Normalerweise ist der Ablauf im Kreditgewerbe so: Wenn die Bank merkt, dass der Schuldner seine Schulden nicht zurückzahlen kann oder will, schreitet sie zur Zwangsvollstreckung, d. h. sie zwingt den Schuldner, seinen gesamten Besitz zu verkaufen, um so die Schuld mindestens teilweise begleichen zu können.

Nur ist ein Staat kein normaler Schuldner. Er kann und darf nicht zum Verkauf seines Besitzes gezwungen werden. Wenn man allerdings beobachtet hat, wie erst die staatseigenen Betriebe (z. B. Volkswagen, dann Telekom und Post usw.) vom Staat verkauft wurden, kann man schon den Eindruck einer teilweisen Zwangsvollstreckung haben.

Spätestens nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 musste auch dem blauäugigsten Kreditgeber klar geworden sein, dass der Staat seine Schulden nie und nimmer zurückzahlen wird. Warum wurden dann dem Staat immer noch weitere Kredite gewährt? Und wer gewährte ihm diese Kredite?

In der Praxis sieht das so aus:

Der Staat unterschreibt Schuldscheine. Die heißen Bundesobligationen und sind Wertpapiere. Aber die heißen nur so, den eigentlich sind sie nichts wert. Die „Wertpapiere“ gibt der Staat den Banken, und diese verkaufen sie an den Bürger oder an sonstige Investoren weiter. Was passiert aber, wenn die Banken die Wertpapiere nicht an den Mann bringen können? Dann bleiben sie auf den „Wertpapieren“ sitzen. Warum haben die Banken dann überhaupt die „Wertpapiere“ vom Staat gekauft? Weil der damit seine Schulden und die dafür anfallenden Zinsen bezahlt - für die Wertpapiere, die die Banken schon lange zuvor einmal vom Staat gekauft haben (damals haben sie noch geglaubt, sie könnten sie loswerden).

Und nun kommen uns die Erkenntnisse zu gute, die wir an unserem Beispiel mit der Zinsspirale gewonnen haben: Wenn die Banken im Jahr 1980 Schuldverschreibungen des Staates im Werte von 1000 Milliarden Euro besaßen, dann haben sich diese Schulden durch den Zinszinseffekt im Zuge einer wundersamen Geld- und Schuldenvermehrung bis zum Jahr 2005 auf 3459 Milliarden Euro aufsummiert. Da der Staat zur Begleichung dieser Rechnung neue Schuldverschreibungen an die Banken gegeben hat, besitzen die Banken nun 3459 Milliarden in Bundesschuldverschreibungen (in unserem Beispiel – die Realität ist aber wohl ähnlich).

Was können sie damit machen?

Eine Möglichkeit ist, wenigstens einen Teil davon an irgendwelche dummen Investoren weiterzuverkaufen und so aus dem Phantasiegeld echtes Geld machen. Aber viele „Wertpapiere“ werden die Banken nicht verkaufen können, weil sich nur noch wenige Dumme finden lassen.

Eigentlich müssten die Banken diese Kredite an den Staat als „faule Kredite“ abschreiben. Aber dann wären die Banken pleite. Also machen sie gar nichts, sondern kaufen weiterhin die Schuldverschreibungen des Staates. Wenn sie nämlich dem Staat keinen Kredit mehr geben, ist der Staat pleite und jeder sieht, dass der Kaiser keine Kleider hat. Und die wunderbaren 3459 Milliarden Euro, die die Banken in ihren Büchern stehen haben, sind auch futsch.

Was tun? Sie machen einfach weiter wie bisher.

Insgeheim rechnen die Banken, so vermute ich, ungefähr so (die Zahlen entstammen meinem Beispiel, sind also keine zutreffenden Zahlen): „Wirklich echtes Geld haben wir dem Staat ja nicht 3459 Milliarden Euro gegeben, sondern nur 1000 Milliarden. Der Staat hat ja immerhin einen Teil von Schuld und Zinsen nicht mit neuen Schuldverschreibungen, sondern mit echtem Geld bezahlt. Diese Zahlungen belaufen sich ungefähr auf 1500 Milliarden Euro. Wir haben also das Geld, das wir dem Staat geliehen haben, eigentlich schon längst wiederbekommen, sogar mit einer mäßigen Verzinsung. Trotzdem hat der Staat jetzt noch eine riesige Menge Schulden, die immer größer werden. Im Grund ist das für uns eine komfortable Situation. Wir haben den Staat in unserer Hand. Wir können ihn zwingen, nach und nach alles zu verkaufen, was er besitzt. Dafür bekommt er echtes Geld. Und das echte Geld wandert dann auf unsere Konten.“

Wir müssen also unterscheiden zwischen echtem Geld (dem ein realer Wert gegenübersteht und für das man reale Dinge kaufen kann, und dem Geld, das nur durch den Zinseszins-Effekt entstanden ist. Das ist das „Luftgeld“. Durch den Zinseszins-Effekt schuldet der Staat den Banken „Luftgeld“. Und der Staat bedient seine Schulden mit „Luftgeld“. Das kann so weitergehen, bis den Computern die Nullen ausgehen.

Auf die Inflation hat das keinen Einfluss. Die wird nur von der Geldmenge beeinflusst, die tatsächlich im Wirtschaftskreislauf umher fließt. Das Luftgeld kommt aber niemals in den Wirtschaftskreislauf.

Wenn doch alles in Ordnung ist und uns das „Luftgeld“ eigentlich gar nicht aufregen muss, warum fordere ich dann, dass der Staat sich für zahlungsunfähig erklärt und das ganze „Luftgeld“, das die Banken von ihm fordern, mit einem Federstich des Gesetzgebers als nicht existent erklärt?

Weil diese imaginären „Luftschulden“, die der Staat bei den Banken hat, dazu benutzt werden, den Ausverkauf des Staates, die Absenkung der Löhne und Gehälter, die Streichung von Arbeitsplätzen und die Kürzung von Sozialleistungen als unvermeidlich zu rechtfertigen.

Im Interesse der Schwachen und der Verlierer in unserer Volkswirtschaft fordere ich deshalb: Der Staat muss sich also als zahlungsunfähig erklären.

Frau Bundeskanzlerin Merkel, sie müssen einfach schlankweg sagen: „Der Staat ist pleite, eine Zinszahlung und eine Tilgung für die bestehenden Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden kann nicht mehr stattfinden. Ein Konkursmasse, aus welcher sich die Gläubiger schadlos halten können, steht nicht zu Verfügung, weil die öffentlichen Gebäude und Grundstücke dem Bürger gehören und nicht an die Gläubiger abgetreten werden können.“ Wie jeder Geldverleiher sind die Gläubiger, die unserem Staat Geld geliehen haben, das Risiko eingegangen, dass der Schuldner zahlungsunfähig wird. Dass der Staat faktisch zahlungsunfähig ist, ist spätestens seit der Wiedervereinigung klar, und jeder, der dem Staat Geld gab, musste wissen, dass er ein Risiko-Kapitalgeber ist. Und Risikokapitalgeber verlieren halt manchmal ihr Kapital.

Die Bundesregierung steht vor der Frage: „Wem nehme ich das Geld weg, das ich brauche, um die Schulden zu bezahlen? Nehme ich es dem Bürger und dem Rentner weg, oder nehme ich es dem Kapitalgeber weg?“ Und da fällt die Wahl nicht schwer: Die Kapitalgeber verschmerzen den Verlust viel eher. Denn sie haben ihr Geld schon seit langem nicht mehr; sie haben es ja dem Staat geliehen. Sie verlieren nur Geld, das ja faktisch schon lange nicht mehr haben. Sie müssen nur die Illusion aufgeben, dass sie ihr Geld jemals wiederbekommen.

Man kann nur Geld hergeben, das man nicht braucht. Der Bürger und auch die Industrie brauchen ihr Geld und können es nicht dem Staat zum Zweck der Schuldentilgung geben. Also müssen die Kapitalgeber die Rechnung bezahlen, indem sie die Kredite an den Staat als verloren akzeptieren. Welche tatsächlichen Machtmittel haben Kapitalgeber übrigens, den Staat zur Rückzahlung zu zwingen? Der Staat verfügt über die Armee und die Polizei. Wenn der Kapitalgeber ein anderer Staat ist (bzw. dessen Staatsbank) ist, wird dann der Gläubiger-Staat wegen der Schulden mit uns einen Krieg beginnen? Sicherlich nicht – zumal er wahrscheinlich bei uns ebenfalls uneinbringbare Schulden hat.

Die privaten Kapitalgeber stehen gegen unseren Staat ohnehin auf verlorenem Posten. Sie können sich zwar an die Justiz wenden, aber die Justiz ist an die Gesetze gebunden. Und die Gesetze macht der Bundestag. Und wenn der Bundestag beschließt: „Der Staat muss seine Schulden nicht bezahlen, wenn er pleite ist“, dann ist die Justiz machtlos.

Und damit liegt schon der Weg offen

Es ist für den Staat gar nicht so schwer, die Bürde der Schulden abzuschütteln und wieder Handlungsfähigkeit zu erlangen. Ein einfaches Gesetz des Bundestages würde genügen. Man könnte es „Gesetz zur Entschuldung des Staates und der Wiedergewinnung seiner finanziellen Handlungsfähigkeit“ nennen. Unser Land wird nicht von den Kapitalgebern, sondern von der Mehrheit der Bürger regiert, repräsentiert durch den Bundestag und die Bundesregierung. Und wenn der Bundestag beschließt: „Der Staat ist zahlungsunfähig. Alle Ansprüche der Gläubiger sind gegenstandslos. Ein Konkursverfahren findet nicht statt. Der Staat ist hiermit schuldenfrei.“, dann ist das ein Beschluss der höchsten Instanz in unserem Land, der sich niemand widersetzen.

Nun stellt sich die Frage: nachdem sich der Staat als unzuverlässiger Schuldner erwiesen hat, wer wird ihm überhaupt jemals wieder Kredite geben? Wenn ich die Geldverleiher richtig einschätze, werden sie auch dann wieder Kredite geben – allerdings mit wesentlich höheren Zinsen und mit noch mehr Sicherheiten. Aber soll dann der Staat darauf eingehen? Die Antwort darauf kann nur sein: Wenn der Staat nach Streichung aller Schulden wieder schuldenfrei dasteht, darf er keine neuen Kredite mehr aufnehmen. Dies muss in der Deutschen Verfassung festgeschrieben werden.

Eine Gruppe von Bürgern darf bei dieser Vorgehensweise aber nicht unter die Räder kommen: Das sind die ahnungslosen Kleinbürger, die einen Teil ihres mühsam ersparten Geldes in Staatspapieren angelegt haben. Sie müssen in vollem Umfang entschädigt werden. Aber die Schulden, die der Staat bei ihnen hat, sind nur ein kleiner Bruchteil der Gesamtschulden des

Staates. Ein Staat, der aller seiner „Luftschulden“ ledig ist, kann den Bürgern, die ihm in gutem Glauben Geld geliehen haben, diesen Verlust leicht erstaten.

Ein Wort noch gegen die ganz Schlaun, die sagen: „Die Schulden des Staates gehen gar nicht zu Lasten der zukünftigen Generationen, denn jedem Schuldner steht ein Gläubiger gegenüber. Wenn die Schulden des Staates wachsen, wachsen auch die Guthaben der Gläubiger, und diese Guthaben werden die zukünftigen Generationen ebenfalls erben.“ Das ist Zynismus pur. Dann haben wir nämlich in Zukunft eine große Mehrheit von armen Schluckern, die für die Schulden des Staates aufkommen sollen und eine reiche Oberschicht, die die Zinserträge vom Staat kassiert. Diese Oberschicht kann sich dann ein Heer von Bediensteten leisten, die für einen Hungerlohn in ihren prächtigen Villen die Putzfrau, den Gärtner, die Wäscherin und den Gärtner spielen. Das hätten die Herrschaften gerne. Aber ihr Reichtum und ihre Anspruch auf eine überlegene Position gründet sich nur auf Luft. Dies gilt es zu erkennen.

Der Bundesnarr (Richard Beiderbeck)

Samstag, 28. Nov. 2005

Ein Kommentar dazu

von Edwin Tafelmeier, Mai 2007

In einer pluralistischen Gesellschaft haben wir nicht nur das Recht, eine kontroverse Diskussion zu suchen, nein, wir haben vielmehr sogar die Pflicht, uns mit konträren Meinungen auseinander zu setzen. Und natürlich habe ich auch eine eigene Meinung, die ich vertrete.

Ich halte nichts vom Kommunismus. Warum?

Weil ich nicht glaube, dass eine Gesellschaft funktioniert, in nur ein kollektives, kein privates Eigentum akzeptiert wird.

Und da stellt sich unweigerlich die Frage, was privates Eigentum sein darf, und was öffentliches Eigentum bleiben muss. Ist die Luft, die wir atmen, öffentliches Gut, oder kann so etwas in Privatbesitz übergehen.

Sie schütteln jetzt vielleicht den Kopf über diese vielleicht absurde Frage, aber wir müssen in einer Gesellschaft tatsächlich zuerst solche Frage klären!

Die Staatsschulden so einfach streichen, undenkbar?

Für einen „Querdenker“ offenbar nicht.

Für die aufgelaufenen Staatsschulden wurden, wie im Kreditgeschäft üblich, Sicherheiten hinterlegt. Nach unserem Rechtsverständnis kann ein Schuldner nur sein „eigenes“ Eigentum verpfänden, es sei denn, er findet einen Bürgen, der als Sicherheit wiederum sein Eigentum zur Besicherung des Kredits bereitstellt. Ein freier Bürge muss dies durch eine Willenserklärung eindeutig bekunden, frei und ohne Zwang. Wenn wir das nicht dürfen, sind wir nicht frei.

Es stellt sich also die Frage, ob die Kreditaufnahme des Staates überhaupt einer Grundlage nach unserer allgemeinen Rechtsauffassung besitzt. Der Staat bzw. die Regierung gab vielleicht Sicherheitsleistungen, dessen Eigentumsrechte daran sie niemals hatte. Ich kann mich z.B. nicht erinnern, der Regierung oder dem Staat jemals einen Blankoscheck oder eine Bürgschaft für einen Kredit gegeben zu haben.

Alleine die Tatsache, dass unsere Volksvertreter gewählt worden sind impliziert nicht das Recht darauf, fremdes, vielmehr sogar - zukünftiges - fremdes Eigentum zu verpfänden. Tatsache ist, dass bereits das noch zu erwerbende Eigentum der noch nicht geborenen, nachfolgenden Generation verpfändet wurde.

Dieser Umstand ist vergleichbar mit der Schuldklaverei in der Antike und mit den Idealen einer freien, bürgerlichen Gesellschaft nicht zu vereinbaren.

Sicherlich, die Streichung der Staatsschulden kommt einer Enteignung der Gläubiger gleich, die Aufrechterhaltung derselben jedoch einer Enteignung aller Bürger gleich.

Aber so ist das einmal in einem Geldsystem, in der die Ansprüche auf ein Gut gleich mehrmals vergeben wurden. Nach dem allgemeinen Rechtsempfinden ist das schlichtweg Betrug. Wenn ich nicht selbst davon betroffen wäre, so würde ich jetzt zynisch sagen: „Na, dann prügelt ihr euch mal um Sachen, die gar nicht vorhanden sind“.

Ich für meine Person würde mich nicht um Dinge prügeln, die ich nicht benötige, und erst recht nicht um Sachen, die gar nicht erst existieren. Einige wenige haben das sehr wohl kapiert, doch wie verklickert man das dem Rest der Welt?

Wir alle sind Betrügern auf den Leim gegangen. Aber anstatt die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen kloppen wir uns lieber untereinander.

Disclaimer:

Die jeweiligen Autoren zeigen sich für ihre Inhalte selbst verantwortlich.

Es handelt sich in jedem Fall um die persönliche und eigene Meinung des Autors, ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder auf Richtigkeit. Jede Haftung wird ausgeschlossen.

Edwin Tafelmeier ist unter der Mailadresse erreichbar, wie unter www.hgcn.de angegeben.

Vervielfältigung, Weitergabe sowie die Verwendung der hier dargestellten Inhalte (auch Auszugsweise) nur mit Zustimmung der jeweiligen Autoren